

Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik

Jürgen Turek

Die europäische Forschungs- und Technologiepolitik hat 2004/ 2005 deutlich an Fahrt aufgenommen. Mit der Annahme des Vorschlags für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rats über das kommende 7. Forschungsrahmenprogramm 2007 – 2013 am 6. April 2005 bewies die Europäische Kommission mit Blick auf die Lissabon-Strategie der EU eine konsequente Haltung. Demnach soll sich die EU bis 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ entwickeln. In diesem Kontext wird das 7. Rahmenprogramm mit sieben Jahren eine deutlich längere Laufzeit als seine Vorgänger mit vier Jahren haben und damit eine höhere Kontinuität der Arbeit und bessere Ergebnisse der Forschung ermöglichen. Die vorgeschlagene Mittelzuweisung beträgt 73 Milliarden Euro. Dies entspricht etwa einer Verdoppelung der bisherigen EU-Aufwendungen für Forschung und Entwicklung.¹ Interessant dabei: zusätzlich zu dem Forschungsrahmenprogramm hat die Kommission einen Vorschlag für ein neues Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation für den gleichen Zeitraum mit einem Budget von 4,2 Milliarden Euro angenommen, was als konsequente Förderung der Umsetzung der Forschung in wirtschaftlich verwertbare Güter und Dienstleistungen verstanden werden muss.

Forschungs- und Technologiepolitik

Für das 7. Forschungsrahmenprogramm sind vier spezifische Programme vorgesehen:

- (1) Kooperation (Cooperation) für transnationale Zusammenarbeit in der Forschung;
- (2) Ideen (Ideas) zur Umsetzung der Grundlagenforschung durch einen europäischen Forschungsrat (European Research Council (ERC)), der ohne Vorgaben der EU-Kommission eigenständig Schwerpunkte der Forschung definieren soll;
- (3) Humanressourcen (People) für Marie-Curie-Maßnahmen und andere Initiativen des Austauschs von Wissenschaftlern;
- (4) Kapazitäten (Capacities) zur Unterstützung von Forschungsinfrastrukturen, Wissensregionen und kleineren und mittleren Unternehmen (KMU).²

Der Schwerpunkt soll dabei auf der Förderung des Bereichs ‚Kooperation‘ liegen. Der geplante neue Europäische Forschungsrat (ERC) wird das Programm ‚Ideen‘ unabhängig vom restlichen Rahmenprogramm weitestgehend autonom umsetzen. Er soll über ein Gesamtbudget von voraussichtlich 12 Milliarden Euro verfügen. Im Rahmen des 7. Rahmenprogramms sind neun Bereiche vorgesehen:

(1) Energie; (2) Ernährung, Landwirtschaft und Biotechnologie; (3) Gesundheit; (4) Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT); (5) Nanowissenschaften,

¹ Vgl. EU soll Forschungsausgaben verdoppeln, in: Handelsblatt vom 7.4.2005.

² Vgl. Ludwig-Maximilians-Universität München: Das Forschungsmagazin der Uni München, 3/2005 vom 6. Mai 2005, S.12.

Nanotechnologien, Materialien und neue Produktionstechnologien; (6) Sicherheits- und Weltraumforschung; (7) Sozioökonomische Wissenschaften und Geisteswissenschaften; (8) Transport (einschließlich Luftfahrt); (9) Umwelt (einschließlich Energie).

Die höchsten Mittelzuweisungen erhalten die Bereiche Informations- und Kommunikationstechnologien (12,7 Milliarden Euro), Gesundheit (8,4 Milliarden Euro) und Nanowissenschaften (etwa 5 Milliarden Euro); die sozioökonomischen und Geisteswissenschaften erhalten mit etwa 797 Millionen Euro den kleinsten Teil der Mittel.

Darüber hinaus war die EU natürlich auch im Kontext des 6. Forschungsrahmenprogramms tätig und hat bei der Forschungs- und Technologiepolitik versucht, die finanziellen Aufwendungen zu verstärken und auf sechs Hauptziele zu konzentrieren, nämlich europäische Netzwerke der Exzellenz zu schaffen, europäische technologische Initiativen zu starten, in der Grundlagenforschung größere Kreativität durch Wettbewerb zu erzeugen, Europa für die besten Wissenschaftler attraktiver zu machen, Forschungsinfrastrukturen von europäischem Interesse auszubauen und einzelstaatliche Forschungsprogramme stärker zu koordinieren. Im Kontext des laufenden Rahmenprogramms wurden die Mittel nach der Osterweiterung von 17,5 auf 19,2 Milliarden Euro aufgestockt. Das Programm läuft seit Ende 2003 auf vollen Touren. Hier wurden 2004 mehr als 100 Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen veröffentlicht, die bereits über 60 Prozent der gesamten Haushaltsmittel binden. Im vorrangigen Themenbereich der Technologien für die Informationsgesellschaft wurden hier zum Beispiel bereits Zuschüsse von 1,7 Milliarden Euro gewährt, durch die zusätzliche privatwirtschaftliche Mittel in Höhe von 1 Milliarde Euro mobilisiert worden sind. An den bezuschussten Projekten beteiligen sich mehr als 5000 Partner aus Industrie und Wissenschaft. Auf die Industrie entfallen dabei etwa 45 Prozent der Mittel, 16,5 Prozent gehen an kleine und mittlere Unternehmen (KMU). Diese Konzentration der Anstrengungen dient der Schaffung einer kritischen Masse, damit die hoch gesetzten Ziele in diesem Schwerpunkt der FTE-Politik in der Union erreicht werden können.³

Auch in den anderen Bereichen der Bio- und Nanotechnologie, der Raumfahrtspolitik, der Umweltpolitik und Sicherheitsforschung sowie der Sozialwissenschaften war die Union sehr aktiv und trieb dort Innovationen auf vielfältigste Weise an. Auf internationaler Ebene bestätigte der europäische Rat erneut seine einstimmige Unterstützung der europäischen Bewerbung für den Standort des Internationalen thermonuklearen Versuchsreaktors (ITER). Auf bilateraler Ebene wurden im Hinblick auf ihre Assoziierung mit dem 6. Forschungsrahmenprogramm Abkommen über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit mit Ägypten, Brasilien, Israel und Mexiko unterzeichnet; ein Kooperationsabkommen mit den USA wurde um fünf Jahre verlängert.⁴

Informationsgesellschaft und Telekommunikation

Neben einer Reihe von Regulierungen und Einzelmaßnahmen etwa in den Bereichen unerbetene elektronische Werbung (spam), der Ausbreitung mobiler Breitbanddienste oder der Interoperabilität des Digitalfernsehens und MHP-Normen, eröffnete die EU-Kommission

3 Vgl. Europäische Kommission (Hrsg.): Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union, Brüssel 2004, S.89 f.

4 Vgl. <http://www.europa.eu.int/abc/doc/off/rg/de2004/rg16.htm>

im Rahmen der Initiative „eEurope“ in ganz Europa die politische Diskussion über die großen zukünftigen Herausforderungen der Informationsgesellschaft und im Zusammenhang damit über die Ziele der Lissabon-Strategie. Die Kommission verwies erneut auf das notwendige politische Engagement hin, das zur Realisierung der Vorteile kommunikationstechnologischer Innovationen erforderlich sei. Hier rief sie den europäischen Rat dazu auf, ein klares politisches Signal zu setzen und die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um damit die Voraussetzungen für eine größtmögliche Nutzung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Wachstums, Produktivitäts- und Beschäftigungsmotor zu schaffen. Um hier selbst tätig zu werden verabschiedete sie am 1. Juni 2005 die Initiative „i2010: Europäische Informationsgesellschaft 2010“. i2010 ist eine umfassende Strategie mit der sämtliche politische Instrumente der Gemeinschaft modernisiert und eingesetzt werden sollen, um den weiteren Ausbau der digitalen Wirtschaft voranzubringen. Ferner forderte die Kommission, dass die bestehenden Hindernisse für die Entwicklung der Wissensgesellschaft beseitigt werden müssen. In diesem Kontext befand die Kommission verstärkte Anstrengungen zur Gewährleistung der Interoperabilität für erforderlich und ersuchte die Mitgliedstaaten, eine nationale Breitbandstrategie auszuarbeiten. Sie unterstrich des Weiteren die Notwendigkeit, zusammen mit der Industrie an der Lösung bestehender Probleme zu arbeiten, die die Entwicklung innovativer Dienste hemmen. Weitere Initiativen unternahm die Kommission darüber hinaus in den Bereichen Netz- und Informationssicherheit, eGovernment, elektronische Gesundheitsdienste, Zugang zum Internet und transeuropäische Kommunikationsnetze, um weitere wesentliche Grundlagen der Informationsgesellschaft zu verwirklichen.⁵

Die EU in der Offensive

Die Schwerpunkte des 7. Forschungsrahmenprogramms und die vielfältigen Initiativen der FTE- und Telekommunikationspolitik spiegeln die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Lissabon-Strategie und der Kommission deutlich wider. Ihre Ziele will die EU offenbar erreichen durch eine deutliche Aufstockung der Mittel, durch die Konzentration auf die zentralen Querschnittstechnologien der Informations-, Bio- und Nanotechnologie und die starke Beachtung des Bereichs Gesundheit, der als prägender Kondratieff der Post-Industrialisierung gilt. Alleine 30 Prozent des neuen forschungspolitischen Finanzrahmens sind dabei den Informations- und Kommunikationstechnologien gewidmet. Zusammen mit dem neuen Rahmenprogramm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation ist dies ein Konzert, das im umfassenderen Sinne nicht nur der Forschung und Invention dienen will, sondern als konzise Wertschöpfungskette der Umsetzung von Forschung in wirtschaftlich verwertbare Güter und Dienstleistungen verstanden werden muss. Insofern können die für 2007 – 2013 konzipierten Programme als verbundene forschungs- und industriepolitische Strategie für Innovationen in der EU verstanden werden, die mehr will als es eine reine FTE-Politik zu tun vermag. Und die nach dem Willen von EU-Forschungskommissar Janez Potocnik durch mehr Autonomie und weniger Bürokratie in der Forschungsförderung zu flankieren ist.⁶ Ordnungspolitisch betrachtet wirkt dies wie ein aggressiver Akt der Protektion, wettbewerbspolitisch mit Blick auf Lissabon wie ein Befreiungsschlag *par excellence*. Alles in allem geht die EU damit in die Offensive. Obwohl an den Zielen der bisher als erfolglos geltenden Lissabon-Strategie orientiert und insofern unerlässlich,

⁵ Vgl. ebd., S. 102 ff.

hat diese Offensive jedoch noch viele Untiefen im weiteren Beschlussverfahren zu umgehen. Denn bevor Ende 2005 das Beschlussverfahren auch parlamentarisch beginnt, hat der Europäische Rat über die Höhe des Forschungsbudgets zu bestimmen. Und dies geschieht auch mit Blick auf die Finanzplanung 2007 – 2013, die 2005 in eine entscheidende Phase eintreten wird und in der das Budget der EU neu zu verhandeln ist. Ob hier die Nettozahler der Union einer Verdopplung der Mittel schließlich zustimmen werden, gilt hierbei vielen mehr als unwahrscheinlich.

Weiterführende Literatur

Europäische Kommission (Hrsg.): Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union, Brüssel 2004.

Dies.: Tätigkeitsbereiche der Europäischen Union. Forschung und Innovation, in: http://europa.eu.int/pol/rd/index_de.htm

Roland Sturm: Die Forschungs- und Technologiepolitik der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.), EU-Handbuch, 3. aktualisierte und überarbeitete Auflage, Bd. 1: Die Europäische Union – Politisches System und Politikbereiche, Gütersloh 2004, S.286-304.

Jürgen Turek: Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik, in: Weidenfeld, Werner/Wolfgang Wessels (Hrsg.), Jahrbuch der europäischen Integration, Bonn/ Baden Baden 1993 ff.

Ders.: Weltraumpolitik, in: Weidenfeld, Werner / Wolfgang Wessels (Hrsg.), Europa von A bis Z, 9. Aufl., Baden-Baden 2005.

6 Vgl. Voller guter Vorsätze. Der neue EU-Forschungskommissar Janez Potocnik spricht im FTD-Interview über viel mehr Geld, autonome Wissenschaftler und weniger Bürokratie, in: Financial Times Deutschland vom 7. März 2005.